

# Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Nr.: Tagesblatt Pulsnitz Bezirksanzeiger  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 148

Wochenblatt Post-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verfertigungseinrichtungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,65 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in *Sp.*: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 *Sp.*, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 *Sp.*; sämtlich 1 mm 30 *Sp.* und 24 *Sp.*; Reklame 25 *Sp.*. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz, Großnaundorf, Bretnig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friebersdorf, Tschewendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von ... (Anb. R. Mohr)

Schriftleiter: J. B. Mohr in Pulsnitz

Nummer 42

Mittwoch, den 19. Februar 1930

82. Jahrgang

## Die Notlage des deutschen Handwerks.

Von Wilhelm Kimmel.

Anlässlich der in dieser Woche stattfindenden 10-Jahresfeier des Reichsverbandes des deutschen Handwerks in Berlin dürften die nachfolgenden Ausführungen über Handwerkerfragen unsere Leser besonders interessieren.

Es wird von niemand bestritten, daß das deutsche Handwerk eine der maßgebendsten Stützen unserer deutschen Wirtschaft ist. Erweitert man den Kreis der im Handwerk Tätigen bis in die meisten Industrien hinein, so ist es die Stütze des Staates.

Es ist von jeher die größte Sorge einer jeden Regierung gewesen, die Produktion des betreffenden Landes vor jeder Erschütterung zu bewahren, die den Erzeugungsprozess stören könnte, d. h., die Umwandlung des Rohstoffes in Arbeit und Ware zu sichern. — Die Leiter dieses Prozesses, der sich in unendlichen Formen abspielt, heißen im modernen Sprachgebrauch „Arbeitgeber“ und haben als wesentliche Funktion, neben vielen anderen, die Organisation der Arbeitsgelegenheit und des Absatzes der Erzeugnisse. Die vielen Millionen über, die als Lohnempfänger einen Hauptfaktor des Geldumlaufes darstellen, sind die „Arbeitnehmer“.

Die Hauptnot, aus der alle Nöte des deutschen Handwerkes erwachsen, ist der Umstand, daß dieses selbe Handwerk als einziger Berufsstand den Vorzug hat, einen stillen Teilhaber zu haben, der unsichtbar und untätig vom größten bis zum kleinsten Betrieb seine Santeime bezieht, und das ist der deutsche Staat von heute selbst. Diesen stillen Sozius interessiert nichts weiter als seine eigenen Einnahmen, die er aus jedem Betriebe zieht. Um die Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, um diesen Betrieb, dessen Teilhaber er doch ist, gesund zu erhalten, interessiert er sich grundsätzlich nicht.

Der deutsche Staat geht mit den Mitteln der Steuerzahler sehr großzügig um, die Länder und Kommunen nicht minder. Es sind alles stille Teilhaber, welche die Betriebe selbst auffressen, von denen sie letzten Endes doch leben wollen. Ganz widersinnig ist es, daß die deutsche Republik es zuließ, daß der Begriff der „Gemeinnützigen Gesellschaften“ geschaffen, und daß diesen Betrieben ein Steuerprivileg, und zwar ein sehr weitgehendes, zuerkannt wurde. Die stillen Teilhaber, d. h. der Staat, die Kommunen und die Länder, haben also den selbständigen Betrieben, ihrem Hauptsteuerzahler, eine nichts- oder nur sehr wenigzahlende Konkurrenz in den Nacken gesetzt.

Damit aber noch nicht genug, hat sich der Fall so entwickelt, daß diese „Gemeinnützigen Betriebe“ sehr viel teurer arbeiten (infolge der mangelhaften Disziplin und der fehlenden scharfen Kontrolle, die kein Produktionsprozess entbehren kann) als die privaten Betriebe. Die unvermeidlichen Verluste trägt der Steuerzahler. — Dazu tritt noch die mörderische Auswirkung des Auftragswesens. Die Bedenkenlosigkeit, mit welcher die zu leistenden Aufträge ausgeschrieben und an den Mindestfordernden verauktioniert werden, hat im Laufe der letzten Jahrzehnte den Arbeitgeber innerlich ebenso korrumpiert wie den Arbeitnehmer und vor allen Dingen aber den Auftraggeber selbst. Die völlige Mechanisierung der Vergabe von Arbeiten hat die Qualität der Arbeit ebenso gekostet wie die Selbstachtung der Betriebsleiter.

Rechnet man dazu die verlorenen Absatzgebiete für unsere Erzeugnisse infolge des Ausganges des Weltkrieges, die Unmöglichkeit, einigermaßen günstige Handelsverträge für uns abzuschließen, was wiederum unsere Machtlosigkeit verhindert, so dürfte es klar sein, daß der Dauerkampf des deutschen Handwerks ein verzweifelt schwerer ist. Die Gleichgültigkeit unserer deutschen Verwaltungen ohne Ausnahme gegenüber dem Absterben unserer Produktion hat etwas Erschütterndes, noch nie Dagewesenes. Erschüttern deshalb, weil der Staat sich selbst hinrichtet, indem er einen Apparat sich aufbauen läßt, welcher die Produktion erdrückt, von der er lebt.

Ich habe absichtlich den Begriff des Handwerks sehr weit gezogen. Denn man kann die Frage nicht erfassen, wenn man nicht selbst erfährt, daß es eiserne Gesetze gibt, welche kein Staat verletzen darf, ohne sich selbst zu erledigen. Das oberste dieser Gesetze ist: „Gib nicht mehr aus, als du beiziehst“. — Der wertvollste Besitz des Staates aber ist die Steuerkraft seiner Bürger. Sind der Staat, die Stadt und das Land bereits in solchem Umfange stiller Teilhaber ihrer Betriebe, d. h., ist die Steuerlast so hoch gestiegen, dann ist er auch voll und ganz verantwortlich. Für unfachmännische

## Unterbrechung der Londoner Flottenverhandlungen

Eine Folge des französischen Kabinettssturzes

Stellungnahme der Reichsversicherungsanstalt zur Angestelltenversicherung — Schwierige Deckungsverhandlungen

Paris. Der französische Außenminister Briand hat seine Abreise nach London nach dem Sturz des Kabinetts Lardieu aufgegeben. Er erklärte, daß ihm eine Rückkehr zur Flottenkonferenz nach London vorläufig unmöglich sei. Infolgedessen werden die Londoner Besprechungen einen Aufschub erfahren, da der weitere Verlauf der Konferenz gerade im Augenblick wesentlich von der Aussprache über die französischen Flottenansprüche abhängt.

Das gestürzte Kabinett Lardieu hatte sich bei seiner Bildung vor allem die Regelung der Reparationsfrage zum Ziele gesetzt. Dies ist ihm auf der zweiten Haager Konferenz voll und ganz gelungen. In London stand Lardieu in einem harten Kampf gegen Amerika und England um die Anerkennung Frankreichs als See- und Kolonialgroßmacht. Dabei war es ihm bereits gelungen, in der Frage der Abschaffung oder Beibehaltung der Unterseeboote eine für Frankreich günstige Entscheidung zu erzielen.

Ministerpräsident a. D.



Lardieu.

der französische Ministerpräsident, wurde in der französischen Kammer über eine Nebenfrage gestürzt. Der französische Finanzminister Chéron hatte für das Kabinett die Vertrauensfrage gestellt, für die sich keine Mehrheit ergab. Darauf trat das Kabinett Lardieu zurück.

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht vom Sturz des französischen Kabinetts in Paris. Extrablätter verkündeten die Sensation in den Straßen, in allen Kaffees und Bars. Die französische Presse ist fast einheitlich in dem Wunsche, daß die Krise, besonders in Anbetracht der bevorstehenden Ratifizierung des Haager Abkommens und der Londoner Konferenz, schnell überwunden werde. Man kann mit Bestimmtheit annehmen, daß

Lardieu mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt werden wird.

Es ist nur die Frage, ob der frühere Ministerpräsident sich bereit erklärt, seinen Finanzminister Chéron zu opfern. Das „Echo de Paris“ meint, man werde Lardieu aufordern, die Ministerpräsidentenschaft und das Finanzministerium zu übernehmen und einem Radikalen das Innenministerium anzuvertrauen. Man glaubt nicht, daß Poincaré bereit sein wird, die Ministerpräsidentenschaft zu übernehmen. Der französische Marineminister Lagues verbleibt als provisorischer Delegationsführer in London. An den Flottenverhandlungen wird er jedoch nur als Beobachter teilnehmen. Der „Matin“ glaubt, daß jetzt die Stunde gekommen sei, um das bisher nicht verwirklichte Konzentrationskabinett zu bilden. Dieser Auffassung schließt sich der „Eclair“ an. Auch die linksgerichteten Blätter erkennen die

Notwendigkeit einer schnellen Lösung der Krise in Anbetracht der außenpolitischen Lage an. Der „Quotien“

hält eine Klärung der Lage für möglich, wenn in das neue Kabinett einige Elemente der Radikalen aufgenommen werden würden. Die Zeitung „Le Nouveau“ fordert dagegen eine Kabinettsbildung nunmehr durch eine Linksmehrheit. Das wird jedoch nach der Beurteilung der Lage in den parlamentarischen Kreisen Frankreichs ein frommer Wunsch bleiben.

## Der Inhalt der deutsch-polnischen Roggenabmachungen.

Ueber die deutsch-polnischen Roggenverhandlungen, die Ende voriger Woche ihr vorläufiges Ende gefunden haben, ist bisher noch nichts Näheres bekannt geworden. Von einer der polnischen Verhandlungsführer naheliegender Seite verlautet, daß voraussichtlich folgende Punkte in dem Abkommen festgelegt worden sind:

Das Abkommen gilt vorläufig nur bis zum Ablauf des gegenwärtigen Wirtschaftsjahres, das ist bis 31. Juli 1930. — Die Ausfuhr von Roggen kann nur durch eine gemischte deutsch-polnische Kommission erfolgen, die das ausschließliche Recht zur Verteilung der Einfuhrschemie in Deutschland und der Ausfuhrprämien in Polen besitzt. — Der vorläufige Sitz der deutsch-polnischen Kommission, die sich aus je drei deutschen und drei polnischen Vertretern zusammensetzt, ist Berlin. Er kann jedoch je nach der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit an einen anderen Ort verlegt werden. Zur Unkostendeckung dieser Kommission wird von dem Verkauf ein gewisser Prozentsatz erhoben werden, der voraussichtlich 20 Pfennige je Doppelzentner nicht überschreiten soll. — Der Verteilungsschlüssel ist noch nicht endgültig festgesetzt worden. Nach dem deutschen Vorschlag sollte der Anteil Deutschlands 66% Prozent, der polnische Anteil 33% Prozent betragen. Von polnischer Seite wird jedoch eine Beteiligung von 40 Prozent verlangt. — Für den Fall, daß der durch die Kommission festgesetzte Preis der allgemeinen Preislage auf den Märkten eines der Länder nicht entspricht, kann die Ausnutzung der Ausfuhrquote zeitweise ausgesetzt werden; jedoch behält sich dieses Land das Recht vor, einen Ausgleich nach einem von vornherein festgesetzten Schlüssel zu verlangen.

## Eine Rede des Reichswirtschaftsministers.

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmidt legte den grundsätzlichen Standpunkt der Reichsregierung zu dem Gedanken der europäischen Wirtschaftsverständigung dar. Er stellte fest, die Konferenz müsse Mittel und Wege finden, um einen Zollfrieden und die wirtschaftliche Annäherung der Staaten zu erreichen. Dies sei möglich 1. durch eine universale Regelung, die sich auf sämtliche Staaten der Welt erstreckt, 2. durch eine Regelung, die nur für einzelne Erdteile oder Länder bestimmt sei.

Dr. Schmidt behandelte dann Deutschlands Wirtschaftslage, die er folgendermaßen zusammenfaßte: Kapitalknappheit, Reparationen, Arbeitslosigkeit, landwirtschaftliche Notlage und ungünstige Begleiterscheinungen der Rationalisierung. Deutschland befindet sich seit anderthalb Jahren im Zeichen absteigender Konjunktur. Insbesondere seit dem vorigen Herbst habe sich das Wirtschaftsleben erheblich verschlechtert. Die gewaltige Reparationslast von durchschnittlich 2 Milliarden Reichsmark jährlich erschwere die Kapitalbildung und könne auf die deutsche Wirtschaftspolitik nicht ohne Einfluß bleiben.

## Was wird aus der Arbeitslosenversicherung?

Die sozialpolitischen Sachverständigen der Regierungsparteien hielten am Dienstag ebenfalls eine Besprechung mit dem Reichsfinanzminister und dem Reichsarbeitsminister ab, um das Problem der Sanierung der Arbeitslosenversicherung zu erörtern. Die beiden Minister wurden ersucht, in Besprechungen mit dem Präsidenten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte und der Invalidenversicherung festzustellen, welche Summen beide Versicherungsanstalten zum Anlauf von Vorzugsaktien der Reichsbahn freimachen können, um auf diesem Wege Mittel zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung zu beschaffen. Die Sozialpolitiker der Regierungsparteien sollen am Donnerstag wieder zusammentreten.

